Bundes Roma Verband e.V.
Am Leinekanal 4
37073 Göttingen
T: 0551 – 388 7633
mail@bundesromaverband.de
www.bundesromaverband.de

Bundes Roma Verbandes e.V.

Stellungnahme und Empfehlungen zur EU Roma-Rahmenstrategie 2030

Der Bundes Roma Verband e.V. (BRV) ist der Dachverband und die politische Interessenvertretung der migrantischen Roma in Deutschland. Er baut Brücken zwischen der Roma-Community und der Mehrheitsbevölkerung, arbeitet gegen Diskriminierung und setzt sich für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Roma in Deutschland ein.

Roma und Sinti leben seit mehr als 600 Jahren in Europa, waren jedoch immer und sind nach wie vor von gesellschaftlicher Exklusion und Diskriminierung betroffen. Diskriminierung gegen Roma existiert auf struktureller, institutioneller und alltäglicher Ebene und manifestiert sich in allen Bereichen des Lebens: strukturelle Diskriminierung ist etwa fester Bestandteil des exkludierenden Bildungssystems, institutioneller Rassismus spiegelt sich im Handeln von Behörden und ihrer Mitarbeitenden, im Alltag begegnet einem Diskriminierung auf der Suche nach Arbeit oder einer Wohnung, in den sozialen und den etablierten Medien, im Bus, beim Arzt, bei den Nachbarn. Rassismus und Diskriminierung sind gesamtgesellschaftliche Probleme, die auch als solche angegangen werden müssen.

Die Roma und Sinti *ganz* Europas sind die Überlebenden und Nachkommen des Porajmos (Holocaust). Dieser Fakt ist allgemein relativ unbekannt. Bezüglich migrantischer Roma wird er jedoch weitgehend ignoriert.

Migrantische Roma sind vor allem als Gastarbeiter_innen, als Geflüchtete der Balkan-Kriege und im Zuge der EU-Osterweiterungen nach Deutschland gezogen. Im Gegensatz zu den (deutschen) Sinti sind diese oftmals keine deutschen Staatsbürger_innen. Sowohl Sinti als auch deutsche und ausländische Roma sind von Diskriminierung betroffen. Jedoch unterscheidet sich die Lage der Menschen in erheblichem Maß. Viele Geflüchtete aus den 1990er Jahren wurden über Jahre nur geduldet und waren von Arbeitsverboten betroffen, hatten keine Möglichkeit sich aus- und weiterzubilden. Dies wirkt sich auch auf die jüngere Generation, die hier aufgewachsen ist, gravierend aus. Auch heute noch fliehen Menschen aus süd- und südosteuropäischen Staaten aufgrund der systematischen Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen in die westlichen Staaten der EU. Dies wird in den westlichen EU-Ländern dann als „Wirtschaftsflucht“ verkannt und stigmatisiert. Migrantische Roma erleben wesentlich mehr Rassismus im Alltag wie etwa bei der Arbeit oder auf der Wohnungssuche. In Medien wurden und werden schwere Stigmatisierungen gegen migrantische Roma (re)produziert. Die migrantischen Selbstorganisationen der Roma müssen endlich strukturell gefördert werden, wenn sich die Situation dieser Menschen in absehbarer Zeit verbessern soll.

Rechtsextremismus

Auch heute noch und wieder werden Roma und Sinti regelmäßig Opfer von rechtsextremen und rassistischen Straftaten und Gewaltdelikten. So wurden bei den rassistisch motivierten Terroranschlägen in München 2016 und Hanau 2020 mehrere Roma und ein Sinto ermordet, ohne dass dies medial oder politisch Erwähnung fand.

Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für demokratische Gesellschaften und ein drängendes gesamtgesellschaftliches Problem. In vielen Staaten der Europäischen Union und der Beitrittsländer findet seit Jahren ein Rechtsruck statt. Ideologien wie Nationalismus und Rechtsextremismus treten immer offener zu Tage und sind inzwischen salonfähig. In sozialen Medien und der Politik werden rechtsextreme und menschenfeindliche Positionen vertreten, auf der Straße werden sie ausgelebt. Roma sind in vielen Ländern die ersten Sündenböcke dieser Ideologien. Immer wieder werden Roma Opfer rassistisch und rechtsextrem motivierter Gewalt.

Rechtsextreme treten mittlerweile, anders als etwa in den 1990er Jahren, subtiler auf und sind auf den ersten Blick häufig nicht als solche zu erkennen. Darin besteht eine weitere Gefahr für Menschen und Menschengruppen, die von ihnen als Zielscheiben auserkoren sind. Migrantische Roma können Rechtsextremismus, dessen Ideologien, Symboliken und Erscheinungsformen nicht unbedingt erkennen. Daher ist es sehr wichtig, dass sie **Schutzräume schaffen** können, um sich über Rechtsextremismus zu informieren, wo sie entsprechende Weiterbildung erhalten und vor allem wo sie sich über ihre Erfahrungen mit Rechtsextremismus austauschen können und Unterstützung bei Bedrohungen oder nach Übergriffen bekommen.

Die Schutzräume müssen notwendigerweise **von den Selbstorganisationen ausgehen**, da Roma aufgrund von Diskriminierungserfahrungen häufig kein Vertrauen in andere zivilgesellschaftliche Organisationen oder gar staatliche Institutionen haben. Roma melden rassistische und rechtsextrem motivierte Übergriffe dem entsprechend selten oder zeigen diese gar an. Die realistische Einschätzung ist häufig, dass sie entweder nicht ernst genommen oder weitere Diskriminierung oder gar Gewalt durch die Institutionen erleben. Die derzeit etwa regelmäßig aufgedeckten rechtsextremen Vorfälle innerhalb der Polizei geben entsprechend wenig Anlass, dass sich das in absehbarer Zeit ändern wird. Ganz im Gegenteil. In anderen Ländern, vor allem den ost- und südosteuropäischen, ist dieses Problem noch gravierender. In absehbarer Zukunft wird sich die politische Lage sicherlich nicht bessern. Daher ist es um so wichtiger, dass Roma für die kommenden Bedrohungen vorbereitet sind. Die Selbstorganisationen müssen im Bereich Rechtsextremismus-Prävention Expert_innen ausbilden. Hierfür benötigen sie Mittel, um dies in naher Zukunft realisieren zu können.

Diskriminierung gegen Roma

Antidiskriminierungsarbeit und Empowerment sind aus Sicht des Bundes Roma Verbandes die wirksamsten Methoden, Stigmatisierung, Diskriminierung und Rassismus entgegen zu wirken. Einerseits ist es notwendig, die **Mehrheitsbevölkerung zu sensibilisieren und aufzuklären**, um diskriminierende Sichtweisen und Handlungsmustern entgegenzuwirken. Andererseits müssen Roma in die Lage gebracht werden, ihre Rechte wahrzunehmen und gleichberechtigt an der Gesellschaft

partizipieren zu können. Für diese Arbeit, wie sie bereits vom **Roma Antidiscrimination Network (RAN)** unseres Mitgliedsvereins Roma Center e.V. seit fast sechs Jahren exemplarisch in Deutschland durchgeführt wird, ist es vor allem notwendig, die migrantischen Roma-Selbstorganisationen und ihre bestehenden **Best-Practice-Ansätze** einzubeziehen. Solche Strukturen müssen auch in anderen Ländern aufgebaut werden, um langfristig die gesellschaftliche Partizipation der Roma zu verbessern. So transferiert RAN seine Methoden und Ansätze derzeit nach Serbien.

Die Konzepte des RAN sind das Gegenteil der üblichen paternalistischen Projekte, wie sie von zivilgesellschaftlichen Organisationen „für" Roma durchgeführt werden. Das RAN basiert auf der **Expertise von Roma** selbst und auf dem maßgeblichen Einbezug der Community. Daraus gehen die beiden zentralen Arbeitsgebiete hervor: Empowerment- und Antidiskriminierungsarbeit.

Jahrelang wurde in Bildung von Roma investiert, aber nicht in die Ausbildung von Roma, Antidiskriminierungsarbeit zu machen, Methoden und Kompetenzen zu vermitteln, damit die Communities Expert_innen und Plattformen haben, an die sie sich wenden können. Empowerment meint sowohl dies als auch, dass Roma in die Lage versetzt werden, ihre Rechte zu kennen und ihre Rechte einzufordern. Sie müssen wissen, mit welchen Mitteln sie sich gegen Diskriminierung zur Wehr setzen können, an wen sie ihre Forderungen richten und wie sie zu ihrem Recht kommen können.

Ebenfalls müssen **lokale Anlaufstellen** nach dem Vorbild des RAN etabliert werden. Die unabhängigen, parteiischen Beratungsstellen beraten, begleiten und unterstützen Roma in Fällen von Diskriminierung. Die Unterstützung der Personen, die Diskriminierung erleben oder Opfer von rassistisch motivierten Gewaltdelikten werden, ist besonders wichtig. Ein großes Problem ist, dass von Diskriminierung Betroffene häufig kein Vertrauen zu bestehenden Institutionen haben, da von diesen Diskriminierung ausgeht. Das bezieht sich sowohl auf Behörden als auch auf Organisationen der Mehrheitsbevölkerung. **Daher müssen Beratungs- und Unterstützungsangebote der Selbstorganisationen strukturell und institutionell abgesichert werden.**

Antidiskriminierung basiert auf der **Arbeit mit der Mehrheitsbevölkerung**. Diese muss erkennen, wie Diskriminierung funktioniert und was die gesellschaftlichen und institutionellen Mechanismen sind, die Diskriminierung hervorrufen. Hierfür ist ein enormes Maß an Sensibilisierung und Aufklärung notwendig. Insbesondere müssen Mitarbeiter_innen von Behörde, sowie auch Personen, die im sozialen Bereich und im Bildungsbereich arbeiten oder arbeiten werden, durch entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen aufgeklärt und sensibilisiert werden. Aus Erfahrung mit solchen Weiterbildungen können wir berichten, dass Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten, bereits ein hohes Maß an Vorurteilen internalisiert haben. Es ist sehr schwierig, diese Vorurteile aufzubrechen. Deswegen ist es notwendig, Vorurteilen und Rassismus bereits im Rahmen der jeweiligen Ausbildungen präventiv entgegen zu wirken. Langfristig wird Rassismus und Diskriminierung auf institutioneller Ebene so abgebaut.

Perspektiven auf die neue EU-Strategie

Während der letzten EU-Rahmenstrategie hat sich die Situation der Roma in Europa nicht gebessert. Es gab und gibt europaweit Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung, Rassismus und Gewalt gegen Roma. Diese äußern sich z.B. in Segregation, Ausschluss von Gesundheitsversorgung, Räumungen ganzer Siedlungen, rassistisch motivierter Gewalt bis zu Mord.

Die EU garantiert eigentlich die gleichen Rechte für alle ihre Bürger_innen. Es reicht jedoch nicht, dass bestimmte soziale und politische Standards und Rechte auf dem Papier existieren. Die Realität weicht davon erfahrungsgemäß erheblich ab. So ist eine Gesundheitsversorgung in der EU und den Beitrittsländern theoretisch gewährleistet.

Hierbei muss sowohl die Europäische Union in die Verantwortung genommen werden als auch die einzelnen Mitglieds- und Beitrittsstaaten, um Entrechtung entgegen zu wirken. Dies muss ebenfalls eine Voraussetzung für die Beitrittsländer zur Europäischen Union sein. Die ost- und südosteuropäischen Länder kommunizieren nicht transparent über die Lage der Roma in den Ländern, da sie ein großes Interesse daran haben, möglichst schnell der EU beizutreten. Sie sind entsprechend nicht interessiert daran, negative Statistiken zu liefern. Es braucht hier ein unabhängiges, also nicht-staatliches, **Monitoring** in den Mitgliedsländern ebenso wie in den Beitrittsländern. Diese müssen von Roma-Selbstorganisationen durchgeführt werden, um ein möglichst realistischen Bild der Situation von Roma, von Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen ebenso wie von rassistisch motivierter Kriminalität abzubilden.

Eine besondere Schwachstelle der bisherigen Strategie war die Fokussierung auf Inklusion durch Bildung. Es wurden viele Projekte durchgeführt, durch die Roma v.a. in Osteuropa gute akademische Ausbildungen erhalten haben. Durch die Kurzsichtigkeit dieser Projekte gibt es nun viele hoch qualifizierte arbeitslose Roma in diesen Ländern, da zum einen die generelle hohe Arbeitslosigkeit nicht mitbedacht wurde und zum anderen der Rassismus in diesen Ländern, dazu führt, dass auch akademisch ausgebildete Roma selten eingestellt werden.

Eine weitere Schwachstelle dieser Projekte war, dass sie nicht von Menschen aus den Roma-Communities selbst durchgeführt worden sind, sondern von Organisationen, die in ihrem Namen sprechen, aber unzureichend in den Communities vernetzt sind und somit Projekte an den Bedarfen der Menschen vorbei machen. Jahrelang wurde berichtet, dass viel Geld in die „Integration von Roma“ investiert worden sei. Da die Projekte jedoch nicht an den Bedarfen der Communities orientiert waren, sondern in den Aufbau von Gadje-Ogranisationen gingen, sind diese gescheitert. Bei der Dominanzbevölkerung kommt jedoch an: In Roma wird viel Geld investiert, aber sie sind nicht besser integriert. Da die ökonomische Situation in diesen Ländern für die meisten Menschen nicht vorteilhaft ist, sind durch solche Narrative Rassismus und Diskriminierung gegen Roma weiter gestiegen. Auch in Deutschland hat eine rechtsextreme Partei Wahlplakate mit dem Slogan „Geld für Oma statt für Sinti & Roma“ durchgeführt. Durch die neue EU-Strategie dürfen diese Fehler nicht wiederholt werden. In diesem Sinne begrüßt der Bundes Roma Verband die neue Strategie.

Der Bundes Roma Verband empfiehlt über die oben genannten Maßnahmen hinaus die Umsetzung folgender Maßnahmen, um die Situation migrantischer Roma in Deutschland zu verbessern:

- bundesweite Umfrage, in der Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus differenziert nach allen relevanten Bereichen abgefragt und erfasst werden
- Schulungen im Bereich Antidiskriminierung für Mitarbeiter_innen von Verwaltungen, Behörden und anderen staatlichen Einrichtungen
- bundesweite Etablierung von Antidiskriminierungsstellen nach dem Vorbild des Roma Antidiscrimination Network (Antidiskriminierungs- und Empowerment-Arbeit, Beratung und Unterstützung bei Diskriminierung, Monitoring, Öffentlichkeitsarbeit)
- Zukunftsperspektiven für Roma mit langjährigem Duldungs-Status schaffen (jahrelange und jahrzehntelange Duldungen verhindern Inklusion, da die Menschen keine Chance auf gute Ausbildung, Arbeit, Weiterqualifikation und allgemeine gesellschaftliche Partizipation haben)
- Geschichte der Verfolgung (incl. Porajmos) sowie anhaltende Diskriminierungsformen muss in die Lehrpläne aufgenommen werden
- Schulung für (angehende) Lehrkräfte und Sozialarbeiter_innen zu struktureller, institutioneller und alltäglicher Diskriminierung und Rassismus
- individuelle Förderung von Roma-Kindern und Ausbildung und Beschäftigung von Schulmediator_innen
- Förderung individueller Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (unabhängig vom und ohne negative Auswirkungen auf den Aufenthaltsstatus)